

ter auch in die Tschechoslowakei dienen, beantworten auch die *Welt*-Redakteure Kalinka und Schell nicht. Stasi-Akten über die Reisen Uwe Barschels in den Jahren 1985 bis 1987 werden in ihrem Buch nicht zitiert – sei es, weil diese Dossiers verschollen sind, sei es, weil Einzelheiten von interessierter Seite unterdrückt werden.

Vorübergehend befaßt war mit dem Komplex Stasi und Barschel der CDU-Politiker Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR. Nachdem die Barschel-Witwe ihn im August letzten Jahres aufgefordert hatte, zu untersuchen, ob die Stasi ihren Mann „auf dem Gewissen hat“, beauftragte Diestel das Berliner Zentrale Kriminalamt mit Ermittlungen. Laut Diestel fanden sich

dabei keinerlei Anhaltspunkte für ein Stasi-Verbrechen.

Die offenbar sachkundige *Welt* befragte den Ex-Innenminister letzte Woche nach „Mußmaßungen“, die Stasi habe sogar „über Videofilme“ verfügt, die bei „intimen Treffen Barschels mit weiblichen Lockspitzeln in Rostock“ entstanden seien. Diestels vielsagende Antwort: „Denkbar.“

Einiges deutet darauf hin, daß entsprechende Video- und Ton-Aufzeichnungen, wenn es sie tatsächlich gegeben haben sollte, heute nicht mehr existieren. „Alle Bänder“, sagt ein Rostocker Bürgerrechtler, seien „während des Umbruchs im Einverständnis mit uns vernichtet worden“ – im Gegensatz zu einem Großteil der Akten.

Allein mit Hilfe der Stasi-Dossiers über Barschels DDR-Aufenthalte ließe sich belegen, was mittlerweile wahrscheinlich, aber nicht hieb- und stichfest beweisbar ist: daß jener Barschel, der 1987 (vergebens) Detektive ausschickte, um seinem Wahlkampf-Gegner Björn Engholm sexuelle Eskapaden anzuhängen, selber jahrelang Objekt politisch motivierter Sex-Erpressung war.

Wo die Stasi-Aufzeichnungen über Barschel heute lagern, ist in Rostock seit längerem Gegenstand von Spekulationen. Stasi-Kenner behaupten, daß ein Teil des Materials längst den Geheimarchiven illegal entnommen und in Sicherheit gebracht worden ist – angeblich in Schleswig-Holstein.

„Barschels größtes Geheimnis“

Duldete die Bundesregierung ein gefarntes Dreiecksgeschäft zwischen Kiel, Rostock und Pretoria?

An den Haaren herbeigezogen“ – so kommentierte Bonns Innenminister Wolfgang Schäuble letzte Woche Spekulationen über Waffenhandelskontakte zwischen seinem verstorbenen Kieler Parteifreund Uwe Barschel und dem DDR-Devisenschieber Alexander Schalck-Golodkowski. Allerdings: Rundweg „ausschließen“ könne er nichts, fügte der erfahrene Schalck-Gesprächspartner Schäuble hinzu.

Die Vorsicht ist verständlich. Denn so abenteuerlich sich Vermutungen über ein Zusammenspiel Barschel-Schalck auch ausnehmen – einiges deutet darauf hin, daß es eine solche west-östliche Connection durchaus gegeben haben könnte.

Ein Verfassungsschutz-Vermerk, der Schäuble bereits seit Jahresbeginn vorliegt, referiert in schlechtem Deutsch, was der Ex-Stasi-Oberst mit dem Tarnnamen „Glasschüssel“ im Zusammenhang mit Barschels Rostock-Besuchen und Schalcks Waffenschieberien zu Protokoll geben hat:

Ungewöhnlich mit Waffenausföhrten sei ferner, daß angeblich die Erneuerung des ehemaligen FDGB-Schiffes „KAP ARKONA“ an Südafrika nicht bezahlt

wurde. Ein Zusammenhang mit der U-Boot-Affäre werde vermutet.

Sinn macht dieser Hinweis nur, wenn zu Lebzeiten Barschels zwischen Kiel, Rostock und Pretoria ein geschickt gefarntes Dreiecksgeschäft gelaufen ist – ein streng geheimer Ost-West-Deal in der Grauzone zwischen Nachrichtendiensten, Industriekonzernen und Regierungszentralen, der in hohem Maße Thriller-Qualitäten hätte. Zumindest der Kieler Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, 51, einer der besten Ken-

ner der Skandal-Szene um Barschel wie auch der U-Boot-Affäre, die er von 1986 bis 1990 im Bonner Untersuchungsausschuß beharrlich aufhellen half, mag ein solches Szenario nicht völlig ausschließen.

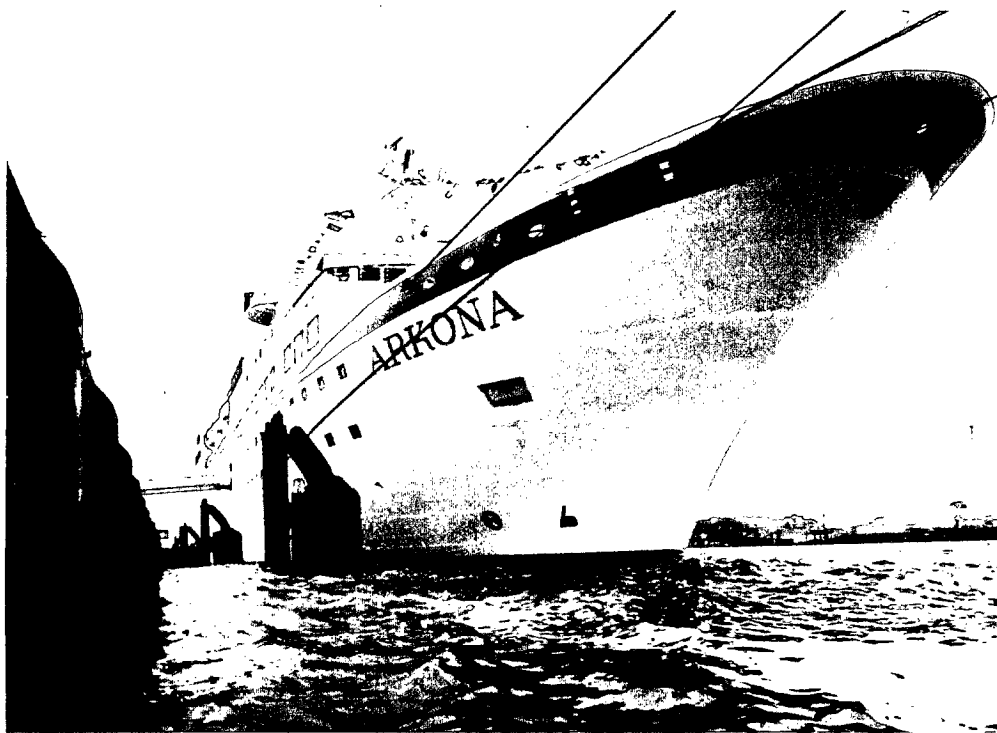
Die Interessenlage der drei betroffenen Staaten um die Mitte der achtziger Jahre ist bekannt: Die DDR wollte das im „Glasschüssel“-Bericht erwähnte Schiff, die 1981 von HDW gebaute „Astor“, der südafrikanischen Reederei „Safmarine“ abkaufen, um sie unter dem Namen „Arkona“ für Gewerkschaftsurlauber einzusetzen.

Das Geschäft sollte aus politischen Gründen nicht mit dem Rassenstaat direkt abgewickelt werden. Ost-Berlin war überdies daran gelegen, für den Kauf keine Devisen einzusetzen.

Südafrika mühte sich zur selben Zeit, das Uno-Embargo zu unterlaufen und die staatseigene Kieler Werft dazu zu bewegen, auf illegale Weise U-Boot-Baupläne und möglichst auch Bauteile in den Apartheid-Staat zu liefern. Außerdem erwogen die Südafrikaner die Vergabe eines Bauauftrags für ein neues eigenes Kreuzfahrtschiff.



Schalck-Chef Mittag, Gast Barschel (1985): Thriller in der Grauzone



Schalck-Erwerbung „Arkona“: „Zusammenhang mit der U-Boot-Affäre“

Politik der CDU-geführten Bundesregierung wiederum war es in jenen Jahren, zwar dem Uno-Embargo gegen Südafrika aus diplomatischen Gründen nach außen hin Respekt zu zollen, aber heimlich der krisengeplagten Kieler Werft wie auch der schleswig-holsteinischen Regierung Barschel zu signalisieren, daß getarnte Blaupausen-Lieferungen nach Südafrika geduldet würden – ein Kurs, zu dem auch CSU-Chef Franz Josef Strauß das Kanzleramt aus unklaren Motiven drängte; Gerüchte, daß Provisionen oder Schmiergelder aus dem U-Boot-Geschäft (Volumen 1984 bis 1986: mindestens 42 Millionen Mark) über Mittelsmänner an Unionsfreunde oder auf Parteikonten flossen, sind bis heute nicht verstummt.

Im Zusammenspiel zwischen Bonn, Ost-Berlin und Pretoria wurde gegen Mitte der achtziger Jahre eine Strategie entwickelt, die im Interesse aller Beteiligten lag – Ergebnis:

- ▷ Barschels Wirtschaftsminister Jürgen Westphal brachte von einer Südafrika-Reise einen Großauftrag für die bedrohte Kieler Staatswerft mit: den Bau eines neuen Kreuzfahrtschiffes, der „Astor II“.
- ▷ Die Südafrikaner finanzierten den Erwerb der „Astor II“ mit einem Verkauf ihrer alten „Astor“ an die DDR – auf dem Umweg über eine westdeutsche Reederei, die das Schiff für kurze Zeit erwarb.
- ▷ Die DDR profitierte davon, daß durch den Umweg-Verkauf über die Bundesrepublik aus der Transaktion

ein deutsch-deutsches Geschäft wurde, bei dem sie in Ost-Mark statt in Devisen zahlen konnte.

Die DDR-Regierung, die sich vom Kauf der als TV-„Traumschiff“ bekannt gewordenen „Astor“ neues Renommee bei ihren Bürgern erhoffte, schottete das Geschäft mit Südafrika nach außen sorgsam ab. Abgewinkelt wurde der Kauf von Claus-Dieter Junge, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Schiffskommerz Rostock. Junge war offiziell dem Ost-Berliner Außenhandelsminister Gerhard Beil unterstellt, wurde beim „Arkona“-Kauf aber ausschließlich von Schalck-Golodkowski gesteuert.

Wie Junge am 4. Dezember 1989 bei einer Vernehmung durch die Generalstaatsanwaltschaft der DDR aussagte, hatte Schalck ihm erklärt, der „Astor“-Kauf sei „einzig und allein“ Sache der Schalck-Firma KoKo. Schalck verlangte, Junge solle dem Minister Beil „nichts darüber sagen“. Junge: „Ich habe mich daran gehalten.“

Vor der Umflagung des Schiffes wurde es von der HDW für drei Millionen Mark generalüberholt. Die Aussage von Stasi-Offizier „Glasschüssel“, diese Rechnung habe nicht bezahlt werden müssen, legt, wie das liberalkonservative *Hamburger Abendblatt* letzte Woche kombinierte, die Schlußfolgerung nahe, der Verzicht auf die Millionenzahlung sei der „Preis“ für geheime Gegenleistungen Schalcks gewesen.

Zugunsten der HDW, zugunsten Südafrikas, zugunsten beider Geschäftspart-

ner? Spekulationen an der Waterkant besagten vorige Woche, daß Schalck den Schleswig-Holsteinern und den Südafrikanern dabei behilflich war oder behilflich sein sollte, Teile des illegalen U-Boot-Deals abzuwickeln. „Die Zeiten von U-Boot- und ‚Arkona‘-Geschäft“, urteilte auch das *Abendblatt*, „passen genauso zusammen wie die Geschäftspartner Südafrika und HDW.“

SPD-Rüstungsexperte Gansel meint, Schalcks Dienste seien zwar nicht benötigt worden, um Blaupausen nach Kapstadt zu schaffen: „Das haben südafrikanische Kurier im Diplomatengepäck mit Wissen der Bundesregierung besorgt.“ Aber, so Gansel: „Wenn es darum ging, auch Stahlteile oder Elektronik für den U-Boot-Bau unkontrolliert nach Südafrika zu schaffen, hätte Schalck das über die

Stasi-Firma Imes und den Hafen Rostock organisieren können.“ Es wäre für den Stasi-Mann „ein Klacks“ gewesen, zum Beispiel Fahrzeuge seiner westlichen Expeditionen „auf dem Weg nach Berlin einfach links abbiegen zu lassen nach Rostock – fertig“.

Ähnliche Tricks hat Schalck in vergleichbaren Fällen tatsächlich praktiziert. Außer Zweifel steht, daß die Schalck-Golodkowski-Firma Imes, die in Kavelstorf bei Rostock eine geheime Niederlassung mit riesigem Waffenlager unterhielt, immer wieder Rüstungsschießern, auch aus dem Westen, behilflich war, Lieferungen in Krisengebiete, an Terroristen oder in Embargoländer zu kaschieren.

Schalck, so meldete Top-Quelle „Glasschüssel“ dem Verfassungsschutz, habe „Waffen- und Embargogeschäfte, auch für Konzerne der Bundesrepublik, in immensen Größenordnungen“ abgewickelt. Via Rostock ermöglichte Schalck-Golodkowski die abenteuerlichsten Geschäfte:

- ▷ Imes half schwedischen Rüstungsproduzenten, über 500 Tonnen Sprengstoff und Schießpulver – vorbei an den eigenen Ausfuhrgesetzen – über die DDR an den Golf zu liefern; für die Ausstellung der falschen Papiere kassierte die Schalck-Firma eine Provision von 1 319 468 Schweden-Kronen.
- ▷ Geschäfte machte Imes sogar mit Westfirmen, die im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes CIA im

Ostblock Waffen beschafften, die – wie US-Untersuchungen im Fall Oliver North ergaben – zu Desinformationszwecken nach Lateinamerika geschleust wurden.

Abwickeln ließ Schalck die geheimen Lieferungen über den Rostocker Überseehafen. Auf den Piers 46 und 36 wurden bei nächtlichen Verladeaktionen nur besonders zuverlässige Arbeiter eingesetzt; bewaffnete Stasi-Männer und Hafenpolizisten regelten die Lademänner hermetisch ab.

Sollte Rostock auch als Drehscheibe für krumme Kieler Südafrika-Deals dienen? Von Oktober 1984 bis Ende Juni 1985 hatten Geheimkuriere U-Boot-Blaupausen aus Kiel per Diplomatenpost nach Südafrika expediert. Im Juli

Bonner Innenminister Schäuble und sein Finanzkollege Waigel räumten vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß einschlägige Treffen mit der HDW-Firmenleitung ein.

Hat Uwe Barschel, der in der DDR zumindest einmal, am 9. Dezember 1985, mit Schalcks Auftraggeber, dem Wirtschaftslenker Günter Mittag, zusammengetroffen ist, als Vermittler oder Akteur bislang unbekannt gebliebener Machenschaften zwischen Rostock und Kiel, Bonn und Pretoria gedient?

Wenn ja: Wollte er damit Provisionen oder Schmiergelder nach bewährtem Muster in die Parteikasse oder sogar in die eigene Tasche lenken? Oder wollte Barschel, nach früheren Begegnungen



Schalck-Firma Imes: Ostblock-Waffen für die CIA

1985, als der Embargobbruch publik zu werden drohte, notierten HDW-Vertreter, weil es „nunmehr politische Schwierigkeiten“ gebe, „beabsichtigten“ sie, den „Rest des Vertrages“ über ein anderes Land abzuwickeln.

Womöglich war die Türkei, vielleicht aber auch die DDR gemeint, mit der dank Schalck gerade das Dreiecksgeschäft um die „Astor“ zur allseitigen Zufriedenheit erledigt worden war. Welche Rolle Uwe Barschel in der Südafrika-Affäre gespielt hat, ist bislang nur schemenhaft zu erkennen.

Vertreter der HDW (damals zu 75 Prozent im Bundes-, zu 25 Prozent im Kieler Landesbesitz) notierten intern, daß der einstige Bonner Finanzminister und Kieler CDU-Chef Gerhard Stoltenberg sowie „hochgestellte Vertreter“ der Landesregierung „mit diesem Projekt ... befaßt“ seien. Auch der heutige

mit Stasi-Agentinnen, Erpressungsmanövern des Ost-Berliner Geheimdienstes entgegen?

Oppositionsabgeordnete im Bonner Schalck-Untersuchungsausschuß drängen darauf, daß Schäuble – selber in die U-Boot-Affäre verwickelt – endlich alle Bonner Geheimdienst-Akten in Sachen Schalck-Golodkowski freigibt. Erst dann lasse sich aufklären, sagt ein SPD-Parlamentarier, was womöglich „Barschels größtes Geheimnis“ sei.

Kaum überrascht von den jüngsten Spekulationen zeigt sich Freya Barschel. Sie habe, erklärte die Witwe letzte Woche, stets vermutet, daß ihr Mann von geheimen „Geschäften“ zwischen Ost und West gewußt habe. Als Barschels politische Karriere zu Ende ging, sei er „sowohl Politikern in der DDR als auch in der Bundesrepublik zu gefährlich“ geworden.

Bundestag

Übermäßig bedient

Mit 104 Millionen Mark bedenkt der Bundestag seine Fraktionen: ein Akt verdeckter Parteienfinanzierung.

Die Warnung war deutlich genug. „Angesichts der hohen rechtlichen und politischen Problematik“ dürfe sich der Bundestag „nicht automatisch“ weiterhin mit so vielen Millionen bedenken wie bisher; mahnte der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim Anfang des Jahres. Eine grundlegende Überprüfung der Gelder, die den Parlamentsfraktionen zugeschoben werden, so der Jura-Professor aus Speyer, sei „längst fällig“.

Ungerührt von derlei Zwischenrufen weisen sich die Bonner Gentlemen zusätzliche Millionen an.

Die staatlichen Zuschüsse für die Fraktionen, so beschloß der Deutsche Bundestag im Juni, werden auf 104,2 Millionen Mark erhöht. Erstmals klettert dieser Etatposten, aus dem die Fraktionen ihre Mitarbeiter und den Großteil ihrer politischen Arbeit finanzieren sollen, über die 100-Millionen-Grenze.

Die große Koalition der Selbstbediener hatte geklappt wie gehabt; der Rest war Bonner Routine.

Artig, wenn auch etwas verspätet, kritisierte der Bund der Steuerzahler das Vorgehen der Parlamentarier in der vorigen Woche als „skandalösen Akt“.

Der Fraktionsgeschäftsführer von CDU/CSU, Friedrich Bohl, tat so, als sei er verblüfft: „Ich kann nicht sehen, daß wir uns übermäßig bedienen.“

Skandalös ist der Akt, da hat der milde Bund der Steuerzahler recht. Denn die Staatsknete, von der alljährlich immer mehr ausgeschüttet wird, kommt keineswegs nur, wie vorgesehen, den Parlamentsfraktionen zu. Sie ist darüber hinaus zum Lebenselixier der Parteien geworden.

Die Fraktionszuschüsse stehen formal nur den Parlamentariern und ihren Mitarbeitern zu; sie sollen der Finanzierung von Fraktionsgehältern, Kopierpapier oder etwa Dienstreisen von Abgeordneten dienen. Doch allen sei klar, so der Mannheimer Politikprofessor Rudolf Wildenmann, „daß sie Teil der Parteienfinanzierung sind“.

Zwischen 20 und 50 Prozent der Gelder fließen nach groben Schätzungen in die Parteiarbeit – in immer breiteren Strömen.

Allein die Zuschüsse im Bundestag, die sich über eine vierjährige Legislatur-